



Methodismus international

12.06.2014

Von Klaus Ulrich Ruof

## Ein Europa der Solidarität

Auf Einladung von Präsident José Manuel Barroso waren am 10. Juni zum zehnten Mal hochrangige Vertreter von christlichen, muslimischen und jüdischen Religionen und aus der Hindu-Gemeinschaft aus ganz Europa am Hauptsitz der Europäischen Kommission in Brüssel zusammengekommen.

Zum Auftakt des Treffens legten die Teilnehmer eine Schweigeminute ein für die Opfer des Anschlags im Jüdischen Museum in Brüssel vom 24. Mai und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der sie für das Leben einer zum Tode verurteilten sudanesischen Christin eintreten. Unter den Vertretern christlicher, muslimischer und jüdischer Religionen und der Hindu-Gemeinschaft war auch die Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland, Rosemarie Wenner.

Das Treffen stand unter dem Leitthema »Die Zukunft Europas«, zu dem die religiösen Vertreter in einem Gedankenaustausch ihre Überlegungen einbringen sollten. Der EU-Kommissionspräsident Barroso unterstrich in seiner Grußadresse

an die religiösen Vertreter, dass die Freiheit der Religion und des Glaubens ein universelles Menschenrecht ist, das »überall und für alle geschützt werden muss«. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften hätten einen wichtigen Beitrag einzubringen, dass die Würde des Menschen respektiert und gefördert wird. »Sie können mit dazu beitragen, dass Solidarität praktiziert wird und dass Unterschiede nicht zu Hass, Mord und Streitigkeiten führen.« Barroso zeigte sich davon überzeugt, dass sich die aktive Einbeziehung der Kirchen und Religionsgemeinschaften entscheidend auf die laufenden Überlegungen zur Zukunft Europas auswirke. Deshalb habe er dieses Treffen auf hoher Ebene bereits vor zehn Jahren angeregt, noch bevor der Vertrag von Lissabon europäische Institutionen dazu verpflichtete, religiöse Gemeinschaften in Beratungen mit einzubeziehen. In ihrem Diskussionsbeitrag erklärte Bischöfin Wenner, dass ein Mitwirken am »Hause Europa« selbstverständlich sei, wenn es »ein Europa der Solidarität« werde. Während viele Europa nur als Markt für den größtmöglichen Profit betrachteten, »sehen wir Christen die ganze Welt und darin Europa als Haushalt, wo nach dem Willen Gottes alle ihren Beitrag leisten und alle das Lebensnotwendige erhalten.«

Die im Rahmen des Treffens verabschiedete Erklärung für die im Sudan wegen Ehebruchs und Abfalls vom Islam zum Tode verurteilte Christin Meriam Yahya Ibrahim war an die sudanesishe Regierung gerichtet. Diese wird nachdrücklich dazu aufgefordert, »dieses unmenschliche Urteil zu widerrufen« und die Verurteilte freizulassen. In Übereinstimmung mit den Allgemeinen Menschenrechten seien alle rechtlichen Bestimmungen im Blick auf religiöse Überzeugung, Religionsfreiheit und Religionswechsel einzuhalten. Die Freiheit der Religion und des Glaubens werde von der Europäischen Union als hohes Gut geachtet und müsse überall und für alle geschützt werden. Dafür trete die EU auch gegenüber dem Sudan ein.

Die regelmäßigen Dialoge zwischen der Europäischen Kommission und den Kirchen, Religionsgemeinschaften, sowie philosophischen und nicht-konfessionellen Organisationen sind im Vertrag von Lissabon (Art. 17 AEUV) verankert und dienen dem Austausch über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU. Neben regelmäßigen Seminaren mit verschiedenen Gesprächspartnern gibt es ein jährliches Treffen mit hochrangigen religiösen Führern und eines mit philosophischen und nicht-konfessionellen Vertretern. Gastgeber waren in diesem Jahr neben José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, und László Surján, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

*Klaus Ulrich Ruof, EmK-Medienwerk*

Foto: [ec.europa.eu/avservices/photo/](http://ec.europa.eu/avservices/photo/)

Von links nach rechts: László Surján (Vizepräsident des Europäischen Parlaments), Herman van Rompuy (Präsident des Europäischen Rates), Rosemarie Wenner (Bischöfin der

Evangelisch-methodistischen Kirche), José Manuel Barroso (Präsident der Europäischen Kommission)

## Weitere Informationen

Teilnehmerliste

Erklärung an die sudanesisische Regierung zu Meriam Yahya Ibrahim

EU-Richtlinien für die Freiheit von Religion und Weltanschauung

Information über den zwischen der Europäischen Kommission und den Kirchen, Religions

Debatte über »Die Zukunft Europas«

---

© 2020 - Evangelisch-methodistische Kirche